



# HESSISCHER LANDTAG

15.01.2015

HHA

## Änderungsantrag

### der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die  
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/1228 zu Drucksache 19/1001

Inhalt des Antrags: Ombudsstelle Kinderrechte

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 21  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Sondermaßnahmen der Jugendhilfe

### Leistungsplan:

von **Veränderung** um **auf**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	331,0	+120,0	451,0
<b>Produktabgeltung</b>	331,0	+120,0	451,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

**Begründung des Änderungsantrags:**

Die Ombudsstelle Kinderrecht ist in Hessen Anlaufpunkt, unabhängige Beratungsstelle und rechtliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum 27. Lebensjahr i.S.d. § 7 SGB VIII und ihre Familien, die rechtliche Informationen, insbesondere im Rahmen des SGB VIII, benötigen. Gerade die ehemaligen Heimkinder haben im Rahmen der "Runden Tische - Heimerziehung" den Wunsch geäußert, dass für diesen Personenkreis eine unabhängige Beschwerdeinstanz (Ombudsstelle) eingerichtet werden sollte.

Bisher wird diese Stelle von der Diakonie und dem Caritasverband unterstützt und durch die Aktion Mensch bis Mai 2015 gefördert.

Eine Landesförderung ist erforderlich, da es sich um eine Maßnahme zur Umsetzung der nunmehr bereits fast 25 Jahre bestehenden UN-Kinderrechtskonvention handelt, die fordert, Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle zu geben, damit sie sich über ihre Rechte informieren und sie letztendlich auch durchsetzen können. Dieses zentrale Anliegen der Ombudsstelle wird durch die Empfehlung der Kommission des 14. Kinder- und Jugendberichts bestätigt. So empfiehlt sie, den Zugang zu unabhängigen ombudtschaftlichen Beratungs- und Beschwerdestellen für junge Menschen und ihre Familien in der Kinder- und Jugendhilfe in verstärktem Umfang zu öffnen.

In nahezu allen Bundesländern werden Ombudsstellen eingerichtet oder gibt es Planungen zur Einrichtung derselben.

Wiesbaden, 15.01.2015

Für die Fraktion DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende

**Willi van Ooyen**